Nummer 119

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Freitag, 12. März 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte. Reise- und Bäder-Beilage sowie tägliche Roman-Beilage

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter Handelsteil M. Sunk Berlin Polit. Teil Dr Paul Oestreich, Berlin Kunst, Wissenschaft und Lokales S. Köppen Berlin-Friedenau Inseratenteil H. Hongiewsky Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag. Gesellschaft m. b. H. Berlin W 8. Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

— — — — — — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten — — — — — —

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspedteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos Serbien 500 Dinar: für den Monat März 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10.— Rmk., Litauen 30 Lit., Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Der Kampf um die Fürstenenteignung.

Heute beginnen im Rechtsausschuß des Reichstages die Beratungen über den gestern veröffentlichten Kompromißentwurf zur Fürstenenteignung. Es ist schon nötig, diesen Ausdruck einmal anzuwenden, denn die demokratische Presse gibt, indem sie vorbehaltlose Zustimmung zu dem Gesetzentwurf verlangt, triumphierend zu, daß der Gesetzentwurf den früheren Herrscherhäusern nicht einmal dasjenige Eigentum uneingeschränkt überlassen will, das einwandfrei urkundlich als Privateigentum und durch Privatvermögen erworbener Familienbesitz nachgewiesen ist. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen im Rechtsausschuß langwierig und im Plenum des Reichstages noch langwieriger werden. Die meisten Mittelparteien haben ein Interesse daran, dem Gesetzentwurf in irgendeiner Form die verfassungsmäßig notwendige Zweidrittelmehrheit zu verschaffen. Wie der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Wunderlich in einem Artikel schreibt, werde es „die Aufgabe der kommenden Verhandlungen im Rechtsausschusse und im Reichstage selbst sein, die Flügelparteien rechts und links zu hören und die endgültige Fassung zu finden, die es ermöglicht, daß sich zu ihr eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages, die zur Annahme erforderlich erscheint, zusammenfindet."

Die Tatsache, daß nicht einmal innerhalb der Regierungskoalition, die ja bekanntlich nicht die Hälfte der Stimmen im Reichstage hat, volle Einigkeit über den Entwurf herrscht, hat auch bei diesen Parteien die Hoffnung noch nicht aufkommen lassen, daß es gelingen werde, diese Zweidrittelmehrheit zu erlangen. Weder die uneingeschränkte Zustimmung aller Sozialdemokraten (ohne die Deutschnationalen) zu dem Entwurf der Mitte noch die Zustimmung aller Deutschnationalen (ohne die Sozialdemokraten) würde zur Zweidrittelmehrheit genügen. Erhebliche Teile beider Flügelparteien müßten sich auf das Kompromiß bereinigen lassen, und das erscheint nach Lage der Dinge unmöglich. Die Sozialdemokraten haben sich auf das Volksbegehren festgelegt, und der größte Teil der Deutschnationalen lehnt den gestern veröffentlichten Entwurf ab. Man muß sich also fragen, was werden wird.

Es ist wohl damit zu rechnen, daß das Volksbegehren die notwendigen vier Millionen Stimmen erhält, wenn auch in der Linkspresse zugegeben wird, daß außerhalb von Berlin, außerhalb des Bereiches der Hetzpresse vom „Berliner Tageblatt" bis zur „Roten Fahne", die Beteiligung an der Eintragung nicht den Hoffnungen der Regisseure entspricht. Es ist wahrscheinlich, daß das Verfahren des Volksentscheides zustandekommt, obwohl die Linke, wie der demokratische Parteivorsitzende Koch in seiner vorgestrigen Rede selbst zugegeben hat, nicht im entferntesten damit rechnet, daß 20 Millionen Stimmen sich für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten finden. Man sinnt deshalb auf einen anderen Ausweg. Die Entschließung des demokratischen Parteiausschusses hatte die Regelung der schwebenden Fragen für den Fall, daß der Kompromißentwurf keine Mehrheit im Reichstage erhält, durch den Volksentscheid vorbehalten. Gestern abend verkünden demokratische Blätter, es müsse richtig heißen: durch einen Volksentscheid. Das heißt: Nicht durch den Volksentscheid auf der Grundlage, auf der das jetzige Volksbegehren steht, sondern durch einen anderen Volksentscheid, der auf einer anderen, nämlich ein klein wenig gemilderten Grundlage steht. Die Demokraten wollen versuchen für den Volksentscheid die bisherige Grundlage des Volksbegehrens so zu verändern, daß der neue Gesetzentwurf sich an den jetzigen Kompromißentwurf der Regierungskoalition anschließt, aber die darin enthaltenen Enteignungsbestimmungen noch so weit radikalisiert, daß ihm auch die Sozialdemokraten zustimmen, nachdem letztere eingesehen haben, daß für die Formel „entschädigungslose Enteignung" 20 Millionen Stimmen sich nicht finden können.

Das ist, wie gesagt, offenbar der Plan der Demokraten, für den zunächst unter der Hand das Zentrum, dann die anderen Parteien der Regierungskoalition gewonnen werden sollen. Wir hoffen, daß die Stellungnahme dieser Parteien die Demokraten recht bald von der Aussichtslosigkeit derartiger Bemühungen überzeugt.

Die Chinapolitik der Mächte.

Manchester, 11. März.

„Manchester Guardian" schreibt. Es scheint, daß die Mächte ein baldiges Eingreifen in China beabsichtigen. Eine Intervention könnte aber die Mächte viel weiter treiben, als einige von ihnen, darunter England, zu gehen wünschen. Die Regierung müßte sofort im Parlament gezwungen werden, ihre gesamte Politik zu enthüllen.

Abreise der deutschen Delegation aus Genf?

TU Genf, 11. März.

Wann wird die deutsche Delegation abreisen? Das ist das große neue Problem des Tages, das ebenso eingehend erörtert wird wie alle anderen Streitfragen. In den Nachmittagsstunden hatte sich im Völkerbundssekretariat die Nachricht wie ein Lauffeuer verbreitet, daß die deutsche Delegation beabsichtige, am Freitag Genf zu verlassen, falls bis zu diesem Termin keine Einigung erzielt sei. Da sich die Situation sehr verschärft hat und heute abend völlig unlösbar erscheint, wäre diese Erwägung nur allzu berechtigt. Naturgemäß wird von der deutschen Delegation ein Druck auf die Verhandlungen in dieser Richtung nicht ausgeübt, doch macht man geltend, daß ein längeres Verbleiben in Genf nur unter der Voraussetzung tragbar ist, daß in ein, spätestens zwei Tagen eine für Deutschland annehmbare Lösung gefunden wird. Nach der Besprechung der Ratsmitglieder äußerten sich fast sämtliche Delegationsführer äußerst pessimistisch über die gesamte Lage. Nur Briand machte eine Ausnahme, der anscheinend mit neuen Kräften aus Paris eingetroffen ist, und erklärte, daß eine Lösung unter allen Umständen gefunden werden müsse. Auch bei den anderen Großmächten tritt die Anschauung zutage, daß es ein unhaltbarer Zustand sei, die europäische Verständigungspolitik durch überseeische Staaten boykottieren zu lassen. Dem italienischen Zwischenfall, bei dem es sich anscheinend mehr um einen häuslichen Streit zwischen den Führern der italienischen Delegierten, Scialoja und dem faschistischen Unterstaatssekretär Grandi handelt, wird nicht dieselbe Bedeutung beigemessen wie der unnachgiebigen Haltung Brasiliens. Auch die Polen haben eine stärkere Tätigkeit entwickelt und sind Brasilien und Spanien zu Hilfe gekommen. Die nicht am Locarnopakt beteiligten Mächte suchen mit der Begründung zu arbeiten, daß sie an der Verständigungspolitik Locarnos nicht beteiligt seien und daß sie sie nichts angehe. Sie hätten ihre Rechte im Völkerbund zu vertreten, nicht aber Rücksicht auf die Abmachungen der Großmächte zu nehmen.

Als ernster Vermittler tritt nach wie vor Chamberlain auf, der in rastloser Tätigkeit die einzelnen widerspenstigen Geister zu zähmen sucht, doch war auch ihm heute abend der Mut gesunken. Bei der englischen Pressebesprechung im Hotel Bau Rivage äußerte er sich recht hoffnungslos. Da nun weder der gestrige noch der heutige Tag trotz der Anwesenheit Briands eine Lösung gebracht hat, so wagt man kaum von dem morgigen Tage die Entspannung zu erwarten. Das einzige, was die unentwegten Optimisten noch aufrecht erhält, ist die Ueberzeugung, daß die Genfer Tagung mit einem so unerhörten Fiasko, wie es heute den Anschein hatte, nicht enden darf. Die einzige Delegation, die ohne Prestigeverlust aus Genf nach Hause zurückkehren würde, wäre die deutsche, und diesen Triumph will man natürlich den Deutschen nicht gönnen.

Die deutsche Delegation wird Genf, wenn es morgen dazu kommen sollte, mit dem Bewußtsein verlassen können, daß sie der deutschen Würde nichts vergab, und daß die anderen es waren, die über kleinlichen Zank und Streit die selten günstige Möglichkeit vergaben, der Welt den so lange entbehrten Frieden zu geben.

TU Genf, 11. März.

In den Mittagsstunden herrschte im Völkerbundssekretariat eine lebhafte Nervosität, da die Anschauung allgemein ist, daß sich die Lage noch mehr verschärft hat. Der Besuch von Dr. Benesch bei der deutschen Delegation, der recht lange dauerte, hatte den Charakter eines Vermittlungsversuches, zumal Benesch vorher auch bei Briand gewesen war.

Der brasilianische Vertreter, Mello Franco, setzte der deutschen Delegation bei seinem Besuch im Hotel Metropol den Standpunkt Brasiliens genau auseinander und gab die Versicherung ab, daß seine Forderung auf einen ständigen Ratssitz und das im Zusammenhang damit eingebrachte Veto gegen einen ständigen deutschen Sitz nicht als ein feindlicher Akt gegen Deutschland aufzufassen sei.

Noch keine Klärung.

Die inoffizielle Besprechung der Ratsmitglieder.

Genf, 11. März.

Die nichtoffiziellen Besprechungen der Ratsmitglieder gingen heute abend kurz nach 7 Uhr zu Ende. Die Ratsmitglieder zeigten sich gegenüber den Fragen der Pressevertreter ebenso zurückhaltend wie gestern. Immerhin gab Vandervelde auf Fragen der Pressevertreter der Meinung Ausdruck, daß man heute nachmittag einen Schritt vorwärts gekommen sei. Eine abschließende Lösung sei aber heute noch nicht zu erwarten. Am Freitag vormittag werden die Vertreter der am Rheinpakt beteiligten Mächte zu einer neuen Besprechung zusammenkommen, worauf morgen nachmittag sämtliche Ratsmitglieder wiederum zu einer Besprechung zusammenkommen werden, die, wie Vandervelde zu erkennen gab, voraussichtlich in Form einer offiziellen Ratssitzung abgehalten werden soll.

Genf, 11. März.

Zu den heutigen Besprechungen der Delegierten der im Völkerbundsrat vertretenen Mächte meldet die Schweizerische Depeschenagentur:

Briand und Chamberlain erklärten, daß die seit Sonntag dauernden Beratungen nun zum Abschluß gebracht werden sollten. Es gelte zu einer Verständigung zu gelangen und eine Vereinbarung zu treffen, die allen Interessen einigermaßen gerecht werde. Wie wir vernehmen, sind Spanien und Brasilien von ihrem intransigenten Standpunkt abgekommen. Briand meinte, daß man für Polen mindestens einen nichtständigen Sitz auf eine längere Zeitdauer hinaus sicherstellen müsse. Weiter verlautet, daß die heutige Sitzung ziemliche Fortschritte gebracht hat und daß vor allem Chamberlain mit Erfolg bemüht war, eine Vermittlerrolle zu spielen.

Eine Erklärung Briands.

Paris, 11. März.

Wie der Havasvertreter aus Genf berichtet, hat Briand nach Schluß der inoffiziellen Sitzung des Völkerbundsrates Pressevertretern gegenüber erklärt: Was das Problem schwierig mache, sei, daß es sich nicht mehr um französisch-deutsche Verhandlungen oder deutsch-alliierte Verhandlungen handelt, sondern daß von nun an der Völkerbundsrat selbst sich mit der Lösung der Frage befassen müsse. Die Lage sei dadurch verwickelt worden, aber es habe nicht anders sein können. Gestern hätten die Signatare der Abkommen von Locarno untereinander verhandelt und noch gewisse Mißverständnisse, die zwischen Frankreich und Deutschland bestanden hätten, beseitigen können. Heute, im Völkerbundsrat, habe es sich um etwas anderes gehandelt. Es seien prinzipielle Fragen, die auf dem Spiele ständen, das Statut des Völkerbundsrates selbst und die Frage der Wahlmandate. Da immer bei dieser Erörterung, zu zehn und nicht zu fünf, gewisse Länder zugegen seien, die dem Abkommen von Locarno nicht beigetreten seien, sei es ganz natürlich, daß Schwierigkeiten entstünden, weil die Nichtunterzeichner des Locarnoabkommens notwendige Erwägungen nationaler Interessen oder Erwägungen allgemeiner Interessen des Völkerbundes selbst zur Geltung zu bringen hätten. Was die Franzosen und die Alliierten betreffe, die die Abkommen von Locarno beschlossen hätten, so dürften sie nicht vergessen, daß für die Inkrafttretung dieser Abkommen der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund notwendig sei und daß alle Bemühungen darauf abzielen müßten, diese Notwendigkeit mit den berechtigten Bedürfnissen der anderen Mächte, die im Rate vertreten seien, in Einklang zu bringen. In der Sitzung sei man einen Schritt weiter gekommen. Nichtsdestoweniger sei die Lage heute abend so, daß es nicht möglich sei, die Lösung zu sehen, die geignet wäre, die erforderliche Einstimmigkeit zu verwirklichen. Im Laufe des Sonnabend werde es möglich sein, in dieser Frage klar zu sehen. Briand kündigte noch an, daß morgen vormittag die Signatarmächte der Abkommen von Locarno einschließlich der deutschen Vertreter eine Sitzung abhalten würden und daß am Nachmittage der Völkerbundsrat zu einer vertraulichen Sitzung zusammentreten würde.

Spanien ist entschlossen, aus dem Völkerbund auszutreten.

Frankreich strebte bereits 1922 zwei neue Ratssitze an.

Genf, 11. März.

Der Havasvertreter in Genf berichtet, daß in der gestrigen offiziösen Sitzung des Völkerbundsrates der Vertreter Italiens, Scialoja, auf Grund kürzlich erfolgter Erklärungen Mussolinis zugunsten der Erweiterung des Völkerbundsrates und besonders zugunsten der Zusprechung eines Sitzes an Polen eine ähnliche Sprache geführt habe wie der brasilianische Delegierte.

Der Havasvertreter will zu der Erklärung ermächtigt sein, daß der Vertreter Spaniens im Völkerbundsrat gegen Deutschland keine Drohung ausgesprochen habe. Spanien halte sich in dieser Frage an den stets von ihm vertretenen Standpunkt, und es sei entschlossen, aus dem Völkerbund auszutreten für den Fall — den es für wahrscheinlich halte —, daß seiner Bewerbung um einen ständigen Sitz nicht schließlich doch entsprochen werde. Der spanische Botschafter Quinones de Leon habe im Völkerbundsrat den Brief verlesen, den Leon Bourgois und Balfour am 16. September 1922 an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet hätten, um die Schaffung zweier neuer ständiger Sitze zu beantragen. In Verfolg dieses Briefes sei es Schweden möglich gewesen, einen nichtständigen Sitz im Rat anzustreben, und der Vertreter Spaniens habe daher keine Mühe gehabt, darauf aufmerksam zu machen. Diesen tatsächlichen Beweisgründen habe Außenminister Urden, wie man erklärt, prinzipielle Gründe entgegen zu setzen sich begnügt. Wie dem auch sei, die Lage, wie sie sich zur Zeit der Rückkehr Briands darstelle, sei recht verworren und in gewissem Grade besorgniserregend.

Ein Zwischenfall in der Ratssitzung.

Der Vertreter Brasiliens läßt auf sich warten.

TU Genf, 11. März.

Der Anfang der auf 3 Uhr nachmittags angesetzten Ratssitzung verzögerte sich um über eine halbe Stunde. Eine Reihe von Ratsmitgliedern hatte pünktlich am Ratstisch Platz genommen und erörterte in eifriger Unterhaltung die schwierige Lage. In der Wandelhalle berichtete währenddessen Briand, von Freunden und Bekannten lebhaft begrüßt, über die letzten Pariser Ergebnisse, bis auch er sich in den Ratssaal begab. Doch konnte die Sitzung noch lange nicht eröffnet werden, weil der Vertreter Brasiliens, Mello Franco, nicht erschienen war und sich weder im Hause, noch telephonisch in der Stadt auftreiben ließ. So blieb denn dem Vorsitzenden, Graf Zitzi, nichts anderes übrig, als die Sitzung mit einer halbstündigen Verspätung ohne den Vertreter Brasiliens zu eröffnen. Das ist ein in der Geschichte des Völkerbundes noch nicht dagewesenes Ereignis. Noch nie hat der Rat unvollzählig getagt. An das Fernbleiben des brasilianischen Vertreters wurden daher die lebhaftesten Gerüchte geknüpft. Man sprach ernsthaft von einem Affront gegen den Völkerbundsrat.

Der Rat behandelte dann als ersten Punkt seiner Tagesordnung die ungarische Frage. Später erschien dann Mello Franco.

Die Zuteilung des Mossulgebietes an den Irak.

Entscheidung des Völkerbundsrates.

Genf, 11. März.

In seiner öffentlichen Sitzung genehmigte der Rat die Berichte über die Finanzlage in Oesterreich und Ungarn. Ferner beauftragte die Versammlung den Generalsekretär, die Regierungen nochmals zur baldigen Meinungsäußerung über den im Dezember 1925 zugestellten Entwurf einer internationalen Konvention gegen die Sklaverei aufzufordern, damit der Rat in seiner Sommersession den Abschluß dieser Konvention vorbereiten könne.

Schließlich stellte der Rat fest, daß die zwischen England und dem Irak abgeschlossenen neuen Verträge in der Entscheidung des Völkerbundsrates vom 16. Dezember 1925 aufgestellten Bedingungen für die Zuteilung des Mossulgebietes an den Irak entsprechen, womit diese Entscheidung endgültig geworden ist und der Irak für die nächsten 25 Jahre unter das Mandat Englands gestellt wird. Die Entscheidung über die endgültige Grenzziehung wurde auf eine der nächsten Ratstagungen verschoben.

Die englischen Flottenvoranschläge.

London, 11. März.

Bridgeman erklärte im Unterhaus bei Eröffnung der Flottenvoranschläge: Die neuen Flottenvoranschläge sind trotz der Sonderausgaben, die durch das im Juli 1925 vereinbarte neue Bauprogramm entstehen, um 2½ Millionen Pfund niedriger, als die vorjährigen. Die Gesamtvoranschläge für 1926 belaufen sich auf 58 100 000 Pfund. Die Regierung ist der Ansicht, daß die allgemein friedliche Lage (?) eine Verminderung der Petroleumreserven und der Marineluftstreitkräfte rechtfertigt. Was die Schiffe auf der aktiven Liste betrifft, so hat keine Verminderung an Schlachtschiffen, Schlachtkreuzern, Flugzeugmutterschiffen, Monitoren, Minenlegern oder Flottillenführern stattgefunden. Eine Verminderung erfolgte bei den älteren Zerstörern, den Depotschiffen und einigen Unterseebooten. Vielleicht wird die Zahl der Minenleger vermindert werden. Abstriche wurden da vorgenommen, wo das Risiko am kleinsten war, und wo ein Defizit im Notfall rascher ausgeglichen werden kann.